

*An die Mitglieder des Grossen Rates
(per e-mail)*

Chur, 18. November 2011

Totalrevision des Schulgesetzes; Fremdsprachenunterricht Art. 30f.

Sehr geehrter Herr Landespräsident

Sehr geehrte Damen und Herren Grossräte

Die grossrätliche Kommission für Bildung und Kultur hat laut Medienberichten die Botschaft der Regierung zur Totalrevision des Gesetzes für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz) vorberaten. Mit einigen abweichenden Anträgen empfiehlt sie dem Grossen Rat, der Vorlage zuzustimmen. **Der Inhalt der Kommissionsarbeit ist uns nicht bekannt.** Die Dachorganisationen der Wirtschaft vertreten in den drei Verbänden Bündner Gewerbeverband, Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden und hotelleriesuisse Graubünden mehr als 7000 Mitgliedfirmen. Ihre Aufgabe besteht darin, die Interessen der Wirtschaft Graubündens gegenüber der Politik zu vertreten.

Es ist unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, dass **die aktuelle Fremdsprachensituation** in den Sprachregionen

- Deutsch: 1. Fremdsprache ab 3. Klasse *Italienisch oder Romanisch*
 2. Fremdsprache ab 5. Klasse *Englisch (ab Schuljahr 2012/13)*
- Italienisch: 1. Fremdsprache ab 3. Klasse *Deutsch*
 2. Fremdsprache ab 5. Klasse *Englisch (ab Schuljahr 2012/13)*
- Romanisch: 1. Fremdsprache ab 3. Klasse *Deutsch*
 2. Fremdsprache ab 5. Klasse *Englisch (ab Schuljahr 2012/13)*

vor allem für die deutschsprachige Region absolut unbefriedigend ist.

Die Gründe sind – so darf vorausgesetzt werden – bekannt. **Allerdings hat sich die Situation deutlich verschärft.**

In den letzten Jahren mehrten sich die Klagen der Unternehmen über einen Fachkräftemangel im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, kurz MINT. Es wäre aber falsch, nur in den erwähnten Bereichen Defizite festzustellen. Qualifizierte Handwerker und Fachleute für die Hotellerie sind ebenso gefragte Personen wie Finanzfachleute und Ärzte sowie medizinisches Fachpersonal. **Der Fachkräftemangel wird noch weiter zunehmen.** Da in den nächsten fünfzehn Jahren die Baby-Boom-Generation ins Pensionsalter kommt, müssen bedeutende Personalbestände erneuert werden. Die Demografie spricht aber eine andere Sprache. Die Herausforderung ist enorm gross, genügend Humankapital zu rekrutieren. **Graubünden ist als Randregion von dieser Entwicklung besonders stark betroffen.**

Die Erfahrung mit dem heutigen Fremdsprachenunterricht in den deutschsprachigen Bündner Schulen zeigt, dass auswärtige junge Familien den Weg nach Graubünden vielfach nur deshalb meiden, weil sie ihren Kindern den Wechsel der Fremdsprache (in den Nachbarkantonen gilt die Regelung Englisch ab 3. Klasse und Französisch ab 5. Klasse) nicht zumuten wollen oder darin keinen Sinn sehen. Und dies aus verschiedenen Gründen. Einerseits wollen sie ihre Kinder mit dem Übertritt in die Bündner Volksschule nicht benachteiligen. Andererseits wollen sie nicht auf die gewünschte Mobilität verzichten. Sind sie einmal in das Bündner Schulsystem übergetreten, ist es mangels Kompatibilität für die Kinder wieder viel schwieriger, in ein anderes Schweizerisches Schulsystem zu wechseln. Da diesen Fachkräften viele andere Angebote von Arbeitgebern aus fremdsprachenkompatiblen Kantonen gegenüberstehen, ist der Weg nach Graubünden viel zu oft verschlossen. Diese Entwicklung kann sich die Bündner Wirtschaft langfristig nicht leisten, hat sie es doch ohnehin schon schwer, auf ausgetrockneten Märkten Fachleute zu rekrutieren.

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden sind sich der schwierigen Entscheidungsfindung bewusst, die der Grosse Rat treffen muss. Die heutige Fremdsprachensituation hat eine lange Geschichte hinter sich, bei der alle Entscheidungsträger nur das Beste wollten und bei der im Rahmen der Ausbildung der Lehrkräfte viel Geld aufgewendet wurde. **Aus unserer Sicht ist aber klar, dass ein Festhalten an der geltenden Lösung langfristig unverantwortlich ist und aus den erwähnten Gründen dem Kanton enormen Schaden zufügen wird.** Bemühungen, in Graubünden ein Wachstum von durchschnittlich zwei Prozent zu erzielen, werden u.a. mit sprachlich kulturellen Zielsetzungen vereitelt. Zu bedenken

ist zudem, dass die Mobilität der hiesigen jungen Familien krass eingeschränkt wird. Wer in Graubünden die Primar- und Sekundarschule besucht, hat es aufgrund des einzigartigen Fremdsprachensystems sehr viel schwerer, den Kanton zu wechseln. Von der Gesellschaft wird möglichst hohe Mobilität gefordert. Das Bündner Schulsystem schränkt diese aber massiv ein. Ist dies tatsächlich der Wille des Grossen Rates?

Aufgrund dieser Ausgangslage bitten wir Sie, Art. 30f. zu hinterfragen und zu prüfen. Unseres Erachtens würde es Sinn machen, wenn **in einem ersten Schritt zumindest in der Deutschsprachigen Region Englisch als 1. Fremdsprache eingeführt wird. Damit können die markantesten Kompatibilitäts- und Mobilitätshürden abgebaut werden.** Der Zuzug von ausserkantonalen Familien würde wesentlich vereinfacht und Familien, die ihre Kinder in deutschsprachigen Bündner Primarschulen ausbilden lassen, haben bei einem Wegzug wieder mehr Optionen. Der Einsatz von Frühenglisch macht auch für die Schülerinnen und Schüler Sinn. Es ist jene Fremdsprache, die ihnen am nächsten ist und die sie am besten können sollten, wenn sie die Volksschule verlassen. Dazu eignet sich Frühenglisch am besten, auch wenn Schulpädagogen behaupten, mit der Berücksichtigung von höheren Stundenzahlen auf der Sekundarstufe könne dieses Ziel ebenso erreicht werden.

Um eine noch höhere Kompatibilität und Mobilität erreichen zu können, muss es sodann **in einem zweiten Schritt darum gehen, Französisch als 2. Fremdsprache zu etablieren.** Mit dem heutigen Modell kann Französisch nur noch als Wahlfach gewählt werden. Diese Entwicklung zielt in die falsche Richtung. Wer kein Französisch in der Schule gelernt hat, kann gewisse Berufe nur erlernen, wenn dies vor Beginn einer Lehre nachgeholt wird. Für Unternehmen der Deutschschweiz ist die Benützung von Englisch (56% aller KMU) vor Französisch (26%) und Italienisch (12%) am wichtigsten (Credit Suisse Economic Research KMU-Umfrage 2010). Schülerinnen und Schüler in Graubünden, die die Gelegenheit haben, zwischen Italienisch und Französisch zu wählen, entscheiden sich eindeutig für Französisch, wie die Entwicklung in der Sprachenabwahl an der Kantonsschule zeigt. Und letztlich ist Französisch gerade im Verkehr mit der Bundeshauptstadt nach wie vor von essentieller Bedeutung. Wer in Bern für Graubünden zu agieren hat, muss Französisch können, andernfalls steht er auf verlorenem Posten da.

Ein Wechsel der Fremdsprachen in der Volksschule wird vielen Lehrkräften Mühe bereiten und dem Kanton erneut zusätzliche Kosten verursachen. Beides verkennen wir nicht. Ein Beibehalten der jetzigen Lösung wird einen weit höheren volkswirtschaftlichen Schaden verursachen und langfristig den Kanton viel teurer zu stehen kommen. Dass ein Wechsel möglich ist, zeigt der Kanton Uri, der 1990 Italienisch als Begegnungssprache eingeführt hat und

nun zum Schluss gelangen musste, dass der damals beschrittene Weg nicht richtig ist. Anstelle von Italienisch ist als 1. Fremdsprache Englisch bestimmt worden und als 2. Fremdsprache wird nicht die frühere Begegnungssprache sondern Französisch unterrichtet.

Wir bitten Sie deshalb, sehr geehrte Damen Herren Grossräte, den Entscheid über die Fremdsprachen gemäss Art. 30f. im Sinne unserer Ausführungen zu ändern.

Mit freundlichen Grüssen



Bündner Gewerbeverband
Urs Schädler, Präsident



Bündner Gewerbeverband
Jürg Michel, Direktor



hotelleriesuisse Graubünden
Andreas Züllig, Präsident



hotelleriesuisse Graubünden
Dr. Jürg Domenig, Geschäftsführer



Handelskammer und
Arbeitgeberverband Graubünden
Ludwig Locher, Präsident



Handelskammer und
Arbeitgeberverband Graubünden
Dr. Marco Ettisberger, Sekretär

Kopie: Regierungsrat Martin Jäger, Vorsteher Erziehungs-, Kultur und Umweltschutzdepartement,
Quaderstrasse 17, 7000 Chur